

**Unicef-Skandal** Das Kinderhilfswerk kommt nicht zur Ruhe. Nach den Vorwürfen der vergangenen Wochen dringt die Basis auf

# Unicef-Helfer für Neuanfang

Ehrenamtliche fordern mehr Transparenz

Von Matthias Thieme

Die Führung von Unicef Deutschland verliert zunehmend die Kontrolle über die Basis der rund 8000 ehrenamtlichen Mitarbeiter. Die Beschlüsse der Vorstandssitzung am 14. Januar hätten das Ziel „weitgehend verfehlt (...), die Ruhe an der Basis wiederherzustellen und das Vertrauen der verunsicherten Partner in Wirtschaft und Kommunen zurückzugewinnen“, schreiben die Vorstandsmitglieder Rolf Seelmann-Eggebert und Carmen Creutz in einem internen Brief, der der FR vorliegt.

Der zerrüttete Vorstand soll nun schon wieder zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Voraussichtlicher Termin ist der 2. Februar. Unicef-Insider erwarten einen erbitterten Machtkampf zwischen Geschäftsführer Dietrich Garlichs und der Vorsitzenden Heide Simonis, der dann nur noch schwer mit diplomatischen Presseerklärungen verdeckt werden könne.

„Ich habe den Eindruck, wir, die Mitglieder des Vorstands, sind im Begriff, das Vertrauen der Basis zu verlieren, deren hohes Lied wir immer gesungen haben“, so Seelmann-Eggebert in einem zweiten Schreiben an die Vorstandsmitglieder. „Von uns wird ein Neuanfang erwartet. Darauf haben wir bislang keine überzeugende Antwort gefunden.“

Noch am Mittwoch hatte Unicef-Sprecher Rudi Tarneden Berichte dementiert, wonach die ehrenamtlichen Mitarbeiter über die Vorgänge beim Kinderhilfswerk empört seien. Bei den Arbeitsgruppen, die offen einen Rücktritt Garlichs fordern, handele es sich um „Einzelstimmen“, sagte Tarneden gegenüber Nachrichtenagenturen.

Doch neue Briefe von der Basis an den Vorstand belegen, dass unter den ehrenamtlichen Mitarbeitern längst der Aufstand gegen die Führung tobt. So haben sich die Leiter von zehn Arbeitsgruppen quer durch die Republik zusammengesprochen und einen Brief an den Vorstand geschrieben, der der FR vorliegt. „Der Geschäftsbericht von Unicef bedarf größerer Transparenz“, fordern die Arbeitsgruppenleiter aus Konstanz, Heilbronn, Dortmund und Cottbus. Es müssten die Kriterien des Lehrstuhls für Rechnungslegung und Prüfung des Professors Lothar Schruff aus Göttingen angelegt werden, schreiben sie mit ihren Kollegen aus Kassel, Mannheim, Regensburg, Worms und Landshut.

## Vorstand setzt neue Sondersitzung zu den Vorwürfen an

„Wir halten eine stärkere institutionelle Einbindung der Ehrenamtlichen auch in die Kontrolle der Finanzflüsse für dringend erforderlich“, heißt es in dem Brief. Dafür müsse ein Gremium geschaffen werden. Die vom Vorstand vorgeschlagene Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses sei nicht geeignet, „da hier wie in einem geschlossenen System nur Mitglieder des Vorstands vertreten sind, der Vorstand demnach sich selbst kontrolliert.“

Man sei „zutiefst besorgt und voller Unverständnis“ angesichts der Vorgänge. Selbst die Vertreterin des Beirats im geschäftsführenden Vorstand habe trotz zweier Sondersitzungen im Juni „keine Einsicht in die damals bereits vorliegenden Vorwürfe“ erhalten. Um nicht zum „Abnickorgan“ zu werden, bedürfe es „der

vollständigen Akteneinsicht“. Unicef müsse Ethikrichtlinien für moralisch vertretbares Fundraising entwickeln, fordern die Gruppen.

Regeln im Deutschen Fundraising gibt es bereits. „Wir lehnen erfolgsbezogene Vergütungen bei der Akquirierung von Spenden völlig ab“, sagt Rüdiger Sornek, Vorsitzender des Deutschen Fundraising-Verbands. „Man darf Leistungskomponenten nicht an der Spendenhöhe festmachen.“ Unicef hatte einem Berater zwischen sechs und zwölf Prozent für jede vermittelte Spende bezahlt. Auch an der Spende des Lidl-Konzerns von 500.000 Euro verdiente der Berater rund 30.000 Euro, obwohl er an der Vermittlung laut Lidl-Manager Stefan Rohrer niemals beteiligt war. Unicef versuchte dem Heilbronner Oberbürgermeister den Vorgang zu erklären und schickte erst einen, dann noch einen korrigierten Brief. Unicef strich die Passage, dass der Berater „glaubhaft versicherte, dass er bei der Vermittlung dieser Spende tätig war“.

## Fehler des Managements festgestellt

Experte bewertet den Bericht der Wirtschaftsprüfer von KPMG

Von Lothar Schruff

Unicef erklärt die Berichterstattung der Frankfurter Rundschau über meine Stellungnahme zum KPMG-Bericht vom 14. Januar 2008 für falsch. In ihrer Stellungnahme vom 16. Januar führt Unicef aus:

„Anders als von der FR berichtet, spricht KPMG nirgendwo von Managementfehlern. Es ist völlig unverständlich, wie der von der FR zitierte Professor Lothar Schruff zu einer gegenteiligen Beurteilung wie die KPMG kommen und ohne eigene Prüfung per Ferndiagnose ‚eindeutig gewichtige Managementfehler‘ feststellen kann.“

Der Vorwurf der Ferndiagnose ist völlig unberechtigt. Gegenstand meiner Stellungnahme

war der mir vorliegende KPMG-Bericht. Es ging ja ausschließlich um die Fragestellung, ob das Prüfungsergebnis Unicef eindeutig entlaste.

In ihrer Stellungnahme verweist Unicef darauf, dass KPMG nirgendwo von Managementfeh-

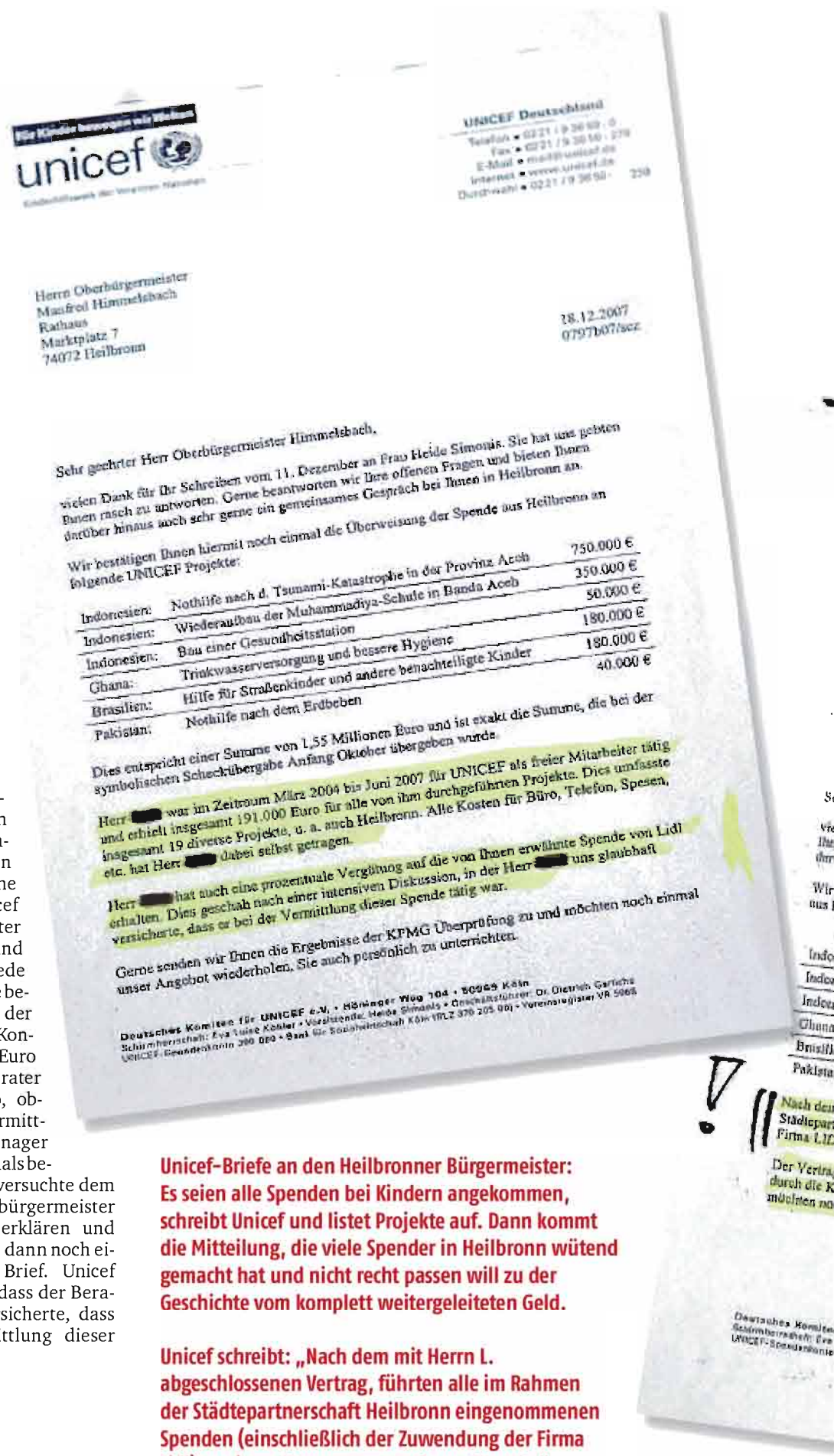
**Lothar Schruff** ist Professor für Rechnungslegung und Prüfungswesen an der Georg-August-Universität Göttingen. PRIVAT

lern spricht. Zwar benutzt KPMG nicht das Wort „Managementfehler“, beschreibt sie aber inhaltlich. Management bedeutet die Leitung und Führung von Unter-

nehmen. Bei Unicef obliegt die Leitung offensichtlich dem alleinigen Geschäftsführer, der für das operative Geschäft zuständig und verantwortlich ist.

Ein Prüfungsgegenstand von KPMG war, ob „die bestehenden Regeln für die Vergabe, Durchführung und Kontrolle der Transaktionen eingehalten“ wurden. Derartige Prozesse sind eindeutig dem Management zuzuordnen.

KPMG kommt hier zu dem Ergebnis, dass „in vier der fünf untersuchten Sachverhalte Verstöße gegen bestehende Regeln der Vergabe, Durchführung und Kontrolle von Transaktionen festgestellt“ wurden. Damit ist auch die Behauptung von Unicef, ich komme „zu einer gegenteiligen Beurteilung wie die KPMG“, nicht nachvollziehbar.



**Unicef-Briefe an den Heilbronner Bürgermeister: Es seien alle Spenden bei Kindern angekommen, schreibt Unicef und listet Projekte auf. Dann kommt die Mitteilung, die viele Spender in Heilbronn wütend gemacht hat und nicht recht passen will zu der Geschichte vom komplett weitergeleiteten Geld.**

**Unicef schreibt: „Nach dem mit Herrn L. abgeschlossenen Vertrag, führten alle im Rahmen der Städtepartnerschaft Heilbronn eingenommenen Spenden (einschließlich der Zuwendung der Firma Lidl) zu einem Honoraranspruch von Herrn L.“ Insgesamt bekam der Berater für dieses und andere Projekte 190.000 Euro von Unicef.**

Unicef beschäftigt mittlerweile zwei Anwaltskanzleien, um die Berichterstattung der Frankfurter Rundschau, des Kölner Stadtanzeigers und der Mitteldeutschen Zeitung anzugreifen. Bislang haben die Zeitungen alle juristischen Angriffe von Unicef abgewiesen. Auch für diese Aktionen muss Unicef möglicherweise nun ihr zur Verfügung stehende Geldmittel ausgeben. Hier eine Dokumentation der Angriffe:

Unicef fordert, dass sich die FR verpflichtet, nicht mehr zu schreiben, „bei der Sonderuntersuchung Unicef habe die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unter anderem die nicht nachvollziehbare Mittelverwendung

benämelt“. Die im zweiten Satzteil enthaltene Behauptung sei unwahr.

Die FR bleibt bei ihrer Darstellung, wonach die Wirtschaftsprüfer in ihrem Bericht die nicht nachvollziehbare Mittelverwendung bei Unicef bemängelt haben. Die Prüfer schreiben in dem Bericht, der auch auf der Unicef-Website öffentlich zu lesen ist: „In vier der fünf von uns untersuchten Sachverhalte wurden Verstöße gegen bestehende Regeln der Vergabe, Durchführung und Kontrolle von Transaktionen festgestellt.“ Die Verstöße betrafen den Bereich der ordnungsmäßigen Geschäftsführung, in unseren Worten: der Nachvollziehbarkeit.



Konsequenzen. Die Geschäftsführung wehrt sich mit juristischen Mitteln gegen die Berichterstattung.

„Von einer Provision wurde nie gesprochen“

Der frühere Lidl-Chef Rohrer über die 500000-Euro-Spende seines Konzerns an Unicef

Herr Rohrer, Sie waren 2005 Chef von Lidl-Deutschland. Bitte beschreiben Sie noch einmal genau, wie Sie Herrn Garlichs die Spende von 500 000 Euro angeboten haben. War der Berater Viktor L. daran beteiligt?

rein zufällig neben Herrn Dr. Garlichs, den ich bis dahin nicht kannte. Lidl hatte dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) bereits 500 000 Euro für Tsunami-Opfer gespendet. Kurz vor der Sendung hat sich die Firma Lidl und Kaufland kurzfristig entschlossen, die bisherige Spende von 500 000 Euro auf eine Million Euro zu verdoppeln. Im Verlauf der Live-Sendung kam ich mit Herrn Garlichs

ins Gespräch, und er stellte sich als verantwortlicher Geschäftsführer der Unicef Deutschland vor. Ich sprach ihn spontan darauf an, ob er auch eine Spende von einer halben Million Euro haben wolle. Er fragte mich, ob ich dies ernst meinte. Ich bejahte dies, und wir besiegelten das Spendengeschäft mit Handschlag und tauschten die Visitenkarten aus. Nach der Sendung hatte ich den Präsidenten des DRK, Herrn Dr. Seiters, informiert, dass die andere halbe Million an Unicef gehen wird. Ein Berater war bei diesen Gesprächen zu keinem Zeitpunkt anwesend oder mir gar bekannt. Es wurde mir auch kein Berater vorgestellt.

Hilfsorganisationen benötigen für die eigene Verwaltung einen Teil der Spenden zur Kostendeckung. Dies ist auch sinnvoll, um die Spenden ordnungsgemäß zu verwalten. Hätten wir im Vorfeld jedoch gewusst, dass zusätzlich 30 000 Euro an Provisionen von Unicef bezahlt werden müssen, hätten wir sicherlich eine andere Hilfsorganisation ausgewählt.

Ab welchem Zeitpunkt im Jahr 2005 bekam der Berater Provision und warum auch von Ihrer Spende? Was sagte Ihnen Unicef dazu?

Der „Public Relations“-Leiter von Unicef Deutschland, Dieter Pool, hat mir am vergangenen Freitag gesagt, dass Unicef mit dem Berater vereinbart hatte, dass das Heilbronn-Projekt erst ab Mai 2005 beginnen sollte. Der Tsunami Ende 2004 und die daraus resultierende hohe Spendenbereitschaft kamen für das Unicef-Projekt aber „zu früh“, sagte der Sprecher. Wie es nun für mich aussieht, wurde unsere Spende nachträglich dem Projekt zugeordnet, denn zum Zeitpunkt der Überweisung im Januar 2005 hatte das Projekt laut Unicef noch gar nicht begonnen.

ZUR PERSON

Stefan Rohrer (38) war bis 2006 Chef von Lidl Deutschland. Er vereinbarte 2005 mit dem Unicef-Geschäftsführer eine Spende für die Tsunami-Opfer.

Der Manager fühlt sich getäuscht. Er habe nicht gewusst, dass die Spende der Unicef-Städtepartnerschaft mit Heilbronn zugeordnet wurde, bei der ein Berater Provisionen erhielt.

Fühlen Sie sich getäuscht?

Bei einer solchen hohen Einzelspende hätten wir mehr Offenheit erwartet. Da die Spende ohne den Berater erfolgte, wäre aus unserer Sicht auch eine Provisionszahlung nicht notwendig gewesen. Wenn wir gewusst hätten, dass ein Berater davon etwa 30 000 Euro Provision bekommt, hätten wir nicht gespendet. Garlichs hat uns getäuscht, indem er das verheimlicht hat.

Interview: Matthias Thieme

IN EIGENER SACHE  
Aufklärung



Von Uwe Vorkötter

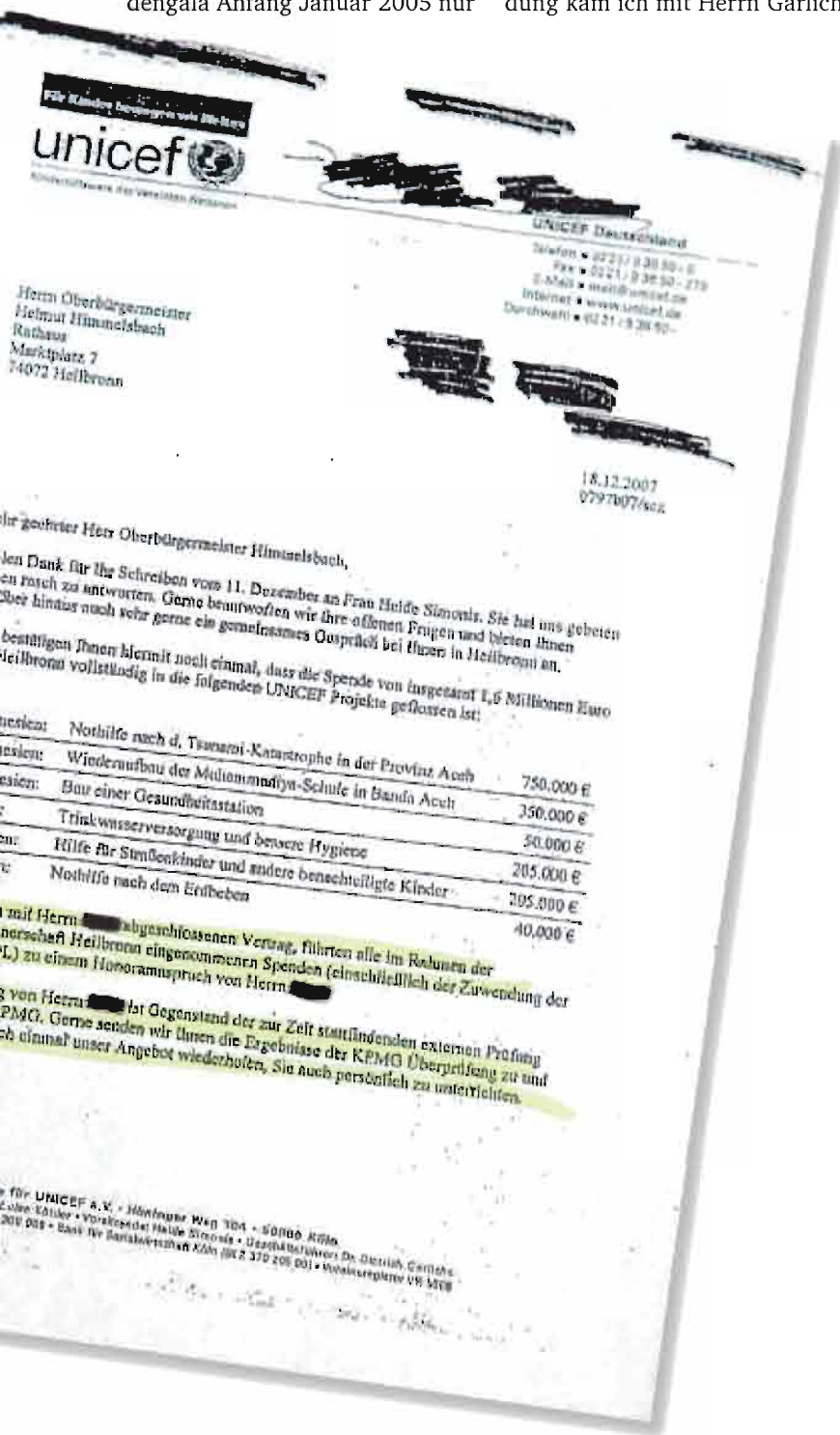
Schon wieder Unicef? Fast täglich Meldungen über mangelhafte Haushaltsführung, teure Provisionen an Spendenwerber und vieles mehr? Was hat die Frankfurter Rundschau gegen eine Hilfsorganisation, die sich um arme, kranke, benachteiligte Kinder kümmert? Haben wir uns da in etwas verbissen? Führen wir eine Kampagne, wie Unicef nahezulegen versucht?

Klare Antwort: Nein. Allen Leserinnen und Lesern, die sich über unsere Berichterstattung wundern mögen, kann ich sagen: Nicht weil wir Helfer angreifen wollen, sondern gerade weil uns gute Hilfe am Herzen liegt, veröffentlichen wir die skandalösen Informationen, die uns erreichen. Wir tun es in der festen Überzeugung, dass Fehlentwicklungen aufgedeckt werden müssen, wenn nicht die Entwicklungsarbeit insgesamt Schaden nehmen soll.

Verschweigen hat noch nie geholfen

Es war keineswegs so, dass die FR irgendwann auf die Idee gekommen wäre, einfach mal Unicef anzugreifen. Alle Informationen, die wir veröffentlichen, kommen aus dem Umfeld von Unicef selbst. Von Menschen, die nicht einsehen wollen, dass die Früchte ihrer Arbeit, die Spenden, zum Teil für fragwürdige Zwecke und auf eine ohne unsere Berichterstattung nicht durchschaubare Weise verwendet werden.

Dass wir alle Gegendarstellungen und Unterlassungswünsche der Unicef-Geschäftsführung guten Gewissens zurückweisen konnten, hat einen einfachen Grund: Unsere Autoren Jörg Schindler und Matthias Thieme haben alle Informationen, die sie erhielten, gewissenhaft überprüft. Sie haben sich nicht von Vorurteilen leiten lassen, weder positiven noch negativen. Sie haben ein Motiv, das zu Journalisten passt: die Überzeugung, dass das Verschweigen von Fehlern keiner noch so guten Sache nutzt. Auch nicht der Sache, der sich Unicef eigentlich verschrieben hat.



DOKUMENTATION: UNICEF GREIFT FR-BERICHTERSTATTUNG JURISTISCH AN

Unicef greift auch folgenden Satz aus der FR-Berichterstattung an: „Es ist abenteuerlich“, sagt ein Insider, „da gingen Hunderttausender-Beträge einfach so auf Zuruf unter dem Tisch durch.“ Einen Insider, der so etwas geäußert haben könnte, gebe es nicht.

Die FR stellt dazu fest: Diese Person ist uns namentlich bekannt und hat tiefe Einblicke in die Struktur von Unicef. Die Person ist eine von mehreren Quellen, die der FR interne Unicef-Dokumente zukommen lassen, um den Skandal aufzuklären. Jede Information wird mehrfach gegenrecherchiert und mit anderen Informationen abgeglichen. Aus Gründen des Informantenschutzes

werden wir keine Quellen namentlich nennen. Der KPMG-Bericht bemängelt, dass bei den Beraterverträgen über mehrere hunderttausend Euro „keine schriftliche Vereinbarung zu Grunde“ lag. Das sagt umgangssprachlich auch unsere Quelle: „Da gingen Hunderttausender-Beträge einfach so auf Zuruf unter dem Tisch durch.“

Unicef verlangt in einem weiteren Unterlassungsbegehren, dass nicht weiter berichtet wird, „Unicef habe zugegeben, dass die 500 000 Euro Spende, die ein Lidl-Manager dem Unicef-Chef in Berlin direkt zusicherte, anschließend dem Projekt Unicef-Kinderstadt-Heilbronn ‚zugeordnet‘ wurde, bei dem der

Berater Viktor L. ‚eine prozentuale Vergütung‘ erhielt.“

Der FR liegt ein Brief von Unicef an den Heilbronner Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach vor, in dem es heißt: „Herr L. hat auch eine prozentuale Vergütung auf die von Ihnen erwähnte Spende von Lidl erhalten.“ Die Spende hatte der Lidl-Chef dem Unicef-Chef in Berlin persönlich zugesagt und auf ein Unicef-Konto in Köln überwiesen.

Unicef will, dass die FR nicht mehr schreibt, „eine der FR namentlich bekannte Person habe am Donnerstag, dem 17. 1. 2008 bei der Staatsanwaltschaft Köln ausgesagt,

dass der Unicef-Geschäftsführer Dietrich Garlichs dieselben Handwerker an seinem Privathaus eingesetzt habe, die auch beim Umbau der Unicef-Zentrale beschäftigt waren“.

Der ermittelnde Staatsanwalt hat der FR bestätigt, dass er an diesem Tag mit besagter Person zu diesem Thema telefoniert hat. Auch die genaue Zeit ist der FR bekannt: Das Gespräch begann um 13.25 Uhr.

Unicef-Geschäftsführer Garlichs greift mit einer Gegendarstellung ein einziges Wort aus der Berichterstattung an. Es handelt sich um das Wort „jetzt“. Garlichs legt Wert auf die

Feststellung, dass „die Staatsanwaltschaft am 16.1.08 nicht bestätigt hat, dass ‚jetzt‘, sondern dass im Dezember 2007 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden seien“.

Die FR hat diese Gegendarstellung von Garlichs als „irrelevant“ zurückgewiesen. Tatsache ist, dass ermittelt wird. Die FR bleibt in allen Punkten bei ihrer Darstellung und wird weiter über Unicef berichten.